



Brüssel, den 15. Juni 2026
(OR. en)

Interinstitutionelles Dossier:
2025/0240(COD)

9807/1/26
REV 1 ADD 3

COH 94
SOC 294
AGRI 428
AGRIFIN 104
PECHE 208
FIN 759
JAI 674
SAN 356
CODEC 1038
CADREFIN 248
POLGEN 139
IA 142

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Rat

Betr.: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028-2034 sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/955 und der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509 (NRPP-Verordnung)

– Partielle allgemeine Ausrichtung
= *Erklärung Estlands, Lettlands und Litauens*

Die Delegationen erhalten beiliegend eine Erklärung Estlands, Lettlands und Litauens für das Protokoll über die Tagung des Rates.

ERKLÄRUNG ESTLANDS, LETTLANDS UND LITAUENS

zur Anerkennung und Bewältigung der Herausforderungen, mit denen die an Russland und Belarus angrenzenden Regionen konfrontiert sind, im Rahmen der Verhandlungen über das NRPP-Paket und den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen

Estland, Lettland und Litauen begrüßen die Fortschritte, die während der Verhandlungen über das Paket für den Mehrjährigen Finanzrahmen erzielt wurden. Wir sind nach wie vor fest entschlossen, die Arbeit des zyprischen und des irischen Vorsitzes zu unterstützen, um in diesem Jahr zu einer Einigung zu gelangen.

Dennoch bestehen nach wie vor erhebliche Bedenken, inwieweit der vorgeschlagene Rahmen die Herausforderungen berücksichtigt, mit denen die östlichen Grenzregionen der Europäischen Union, insbesondere die an Russland und Belarus angrenzenden Regionen, konfrontiert sind.

Am 18. Februar 2026 nahm die Kommission ihre Mitteilung „Starke Regionen für ein sicheres Europa“ an, in der sie anerkennt, dass die an Russland, Belarus und die Ukraine angrenzenden NUTS-2-Regionen aufgrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, hybrider Bedrohungen und des grundlegend veränderten geopolitischen Umfelds besonderen sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen gegenüberstehen, und ausführt, dass die *„Regionen, die am stärksten von der Verschlechterung des Sicherheitsumfelds und einem erhöhten Risiko konventioneller Militäraktionen betroffen sind, [...] die Regionen an der Außengrenze zu Russland und Belarus [sind]“*. Die Bewältigung dieser Herausforderungen geht zulasten langfristiger Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, gesellschaftliches Wohlergehen und nachhaltige sozioökonomische Entwicklung. In der Mitteilung wird zu Recht betont, dass die Stärkung der Widerstandsfähigkeit und des Wohlstands dieser Regionen eine strategische Investition in die Sicherheit und Stabilität Europas ist.

Zwar wurden in mehrere Gesetzgebungsvorschläge Verweise auf die Mitteilung und die Herausforderungen für die östlichen Grenzregionen aufgenommen, doch wird in den entsprechenden Bestimmungen das Ausmaß, das Fortbestehen und die Einzigartigkeit dieser Herausforderungen noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Die Bedürfnisse und Gegebenheiten in den östlichen Grenzregionen sind einzigartig, und die Herausforderungen, mit denen die östlichen Grenzregionen in Estland, Lettland und Litauen konfrontiert sind, gehen über das hinaus, was allein mit nationalen Haushaltsmitteln nach vernünftigem Ermessen bewältigt werden kann. Diese Regionen müssen die steigenden Kosten für Sicherheit, Widerstandsfähigkeit und Vorsorge und die zunehmenden Auswirkungen auf die Bevölkerung verkraften und gleichzeitig ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ihren sozialen Zusammenhalt und ihre langfristigen Entwicklungsaussichten aufrechterhalten. Ohne eine entschlosseneren Reaktion besteht die Gefahr, dass sich die territorialen Ungleichheiten verschärfen und die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Regionen an den Außengrenzen der Union untergraben werden. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig, diesen Herausforderungen angemessen zu begegnen.

Daher halten wir an unserem Standpunkt fest, dass die an Russland und Belarus angrenzenden Regionen eine größere Sichtbarkeit im gesamten künftigen Rechtsrahmen benötigen, flankiert von zusätzlicher Unterstützung auf EU-Ebene und einer angemessenen Haushaltsunterstützung im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens. Ein Rahmen, der diese Herausforderungen zwar anerkennt, aber keine angemessene Antwort darauf bietet, läuft Gefahr, die strategischen Ziele der Union zu verfehlen.

Die baltischen Staaten gehören nach wie vor zu den Mitgliedstaaten, die die niedrigsten vorgeschlagenen zweckgebundenen Beträge pro Hektar erhalten. **Angesichts der Herausforderungen und des zusätzlichen Investitionsbedarfs zur Stärkung der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der östlichen Grenzregionen der EU ist es weiterhin wichtig, die externe Konvergenz der Direktzahlungen fortzusetzen, um die Ernährungssicherheit und Widerstandsfähigkeit unserer Regionen zu gewährleisten.** Diese Frage sollte entsprechend angegangen werden.

Aus diesen Gründen sind Estland, Lettland und Litauen der Auffassung, dass weitere Arbeit erforderlich ist, um sicherzustellen, dass der nächste Mehrjährige Finanzrahmen eine ausgewogenere und glaubwürdigere Antwort auf die Gegebenheiten in den an Russland und Belarus angrenzenden Regionen bietet.